



Saudi-Arabien: Mann verhindert Ehe der Tochter



Frauenrechte und Islam gehen nicht zusammen. Diese Erfahrung macht jetzt eine 44-jährige Ärztin, deren Vater ihre Heirat untersagt hat. *Im islamischen Königreich Saudi-Arabien hat jedes Mädchen und jede Frau einen „männlichen Vormund“. Dieser muss seine Zustimmung zu einer Eheschließung geben und darf, unabhängig davon wie alt die Frau ist, auch in anderen wichtigen Fragen mitentscheiden.*

Das stört aber die linken und grünen FrauenrechtlerInnen hier oder in der UNO und die Kanzlerin nicht. Sie sehen hierin keine Menschenrechtsverletzung, ebensowenig in der entwürdigenden Untersuchung auf Jungfräulichkeit. Hauptsache, ein I ist im Wort und geschlechtsspezifische Bezeichnungen werden aus westlichen Verordnungen gestrichen.

Der Standard [schreibt](#):

Der Fall einer 44 Jahre alten Chirurgin beschäftigt in Saudi-Arabien jetzt ein Berufungsgericht. Der Vater der Ärztin aus der Stadt Medina hatte den Heiratsantrag eines Mannes, den sie bei ihrer Arbeit im Krankenhaus kennengelernt hatte, mit der Begründung abgelehnt, dieser habe hinter seinem Rücken eine sexuelle Beziehung zu seiner Tochter begonnen.

Der Anwalt der Frau erklärte, der wahre Grund für die ablehnende Haltung des Vaters sei jedoch das gute Gehalt seiner Mandantin, das sie jeden Monat bei ihm abliefern müsse. Von den insgesamt 20.000 Rial (rund 4.200 Euro) dürfe die Chirurgin jeweils nur 100 Rial (21 Euro) behalten. Nach einem Bericht der saudischen Zeitung „Okaz“ vom Dienstag

legte der Anwalt der Tochter auch ein ärztliches Gutachten vor, aus dem hervorgeht, dass die Ärztin noch Jungfrau ist.

Linke und Grüne stört das nicht. Frei nach dem Motto „Hauptsache, mir geht's gut“, sorgen sie für eine ungestörte Ausbreitung des Islam, mit dem das natürlich nichts zu tun hat, und glauben, dass sie persönlich alle Freiheiten behalten.

(Spürnase: Martin T.)

“Moralischer” Israelhass auf dem Uni-Lehrplan



Dass sich gewisse Leute ethisch und moralisch überlegen fühlen, wenn sie Israelhass verbreiten, ist bekannt. Umso bedenklicher ist, wenn der als Antizionismus getarnte Hass auf Juden bereits als „Wissenschaft“ an Universitäten gelehrt wird, wie das gegenwärtig beim arabisch-muslimischen Propagandaseminar „Moral und Ethik in Gruppen“ an der Uni Zürich Schule macht. Gehalten wird die „Lehrveranstaltung“ von der Grünen Politikerin Bettina Ryf (Foto).

Der unabhängige Zürcher Campusblog [berichtet](#):

Hinter der Veranstaltung ‚Moral und Ethik in Gruppen‘, die vom Psychologischen Institut der Universität Zürich durchgeführt wird, würde man eigentlich nichts Arges vermuten. Die Dozentin Bettina Ryf strebt danach, das Thema anhand des Nahostkonflikts zu bearbeiten. ...

Als Einführung in das Thema dient eine Zusammenstellung von Artikeln, die von einem Deutsch-Palästinensischen Frauenverein herausgegeben wurde, einer Lobby-Organisation zur Vertretung nationaler arabisch-muslimischer Interessen. Wir können nicht auf alle Einzelheiten dieser Propagandaschrift eingehen. Einige Beispiele müssen genügen:

„In seinem Verlauf (israelischer Unabhängigkeitskrieg 1947/48) sicherten die paramilitärischen israelischen Einheiten das eigene Territorium und eroberten grosse Teile der dem arabischen Staat von der UNO zugesprochenen Gebiete. Daran änderte auch der Einmarsch der arabischen Staaten am Tag nach der Staatsgründung nichts. Der jüdische Staat umfasste schliesslich nach seiner Konsolidierung 78% der Fläche Palastinas anstatt 56% entsprechend dem UNO-Teilungsbeschluss.“

Zusammenfassend muss über diese Schrift gesagt werden, dass sie keinen wissenschaftlichen Kriterien genügt und auch nicht für sich in Anspruch nimmt, neutral zu sein: Massaker und Gewalttaten an Juden vor der Staatsgründung bleiben unerwähnt, genauso wie die über eine Million jüdische Flüchtlinge, die seit 1948 aus den arabischen Ländern und dem Iran vertrieben wurden. Ganz offensichtlich geht es der Schrift darum, dass so gar nicht zutreffende Märchen von der arabischen Opferrolle zu zementieren. Bettina Ryf versucht augenscheinlich, ebendiese Lüge des arabisch-muslimischen Nationalismus bei ihren Studenten zu verbreiten. Ist dies wirklich das Niveau, das man von der Universität Zürich erwarten kann?

Wohl kaum. Obwohl die unhaltbaren Schauermärchen über die Juden Israel wieder salonfähig geworden sind, sollten sie nicht als „Wissenschaft“ an Studenten weitergegeben werden dürfen.

» Kontakt zum Psychologischen Institut der Universität Zürich: rwidmer@sozpsy.uzh.ch

» Kontakt zu Bettina Ryf: beryf@sozpsy.uzh.ch

Multikulti? Nicht für meine Kinder!



Das linke Berliner Magazin *Zitty* beschreibt, wie oft überzeugte Linke Bezirke wie Neukölln, Kreuzberg oder Moabit verlassen, wenn ihre Kinder schulpflichtig werden. Mit Multikulti, sagen sie, habe das Schulleben dort nichts zu tun. Migrantenkinder prägen den Schulalltag und mobben die wenigen verbliebenen deutschen Kinder. Man fragt sich, warum die Hauptstadt trotzdem regelmäßig die wählt, die ihr genau diese Suppe eingebrockt haben.

Zitty [berichtet](#):

Hätte Sarah geahnt, was auf sie zukommt, dann hätte sie den Mund gehalten. Vielleicht aus dem Fenster des Klassenzimmers geschaut, einfach nur die Vögel beobachtet und die

vorbeiziehenden Wolken. Sie hätte diese Worte nicht ausgesprochen, nicht in dieser Klasse. Aber sie ahnte nicht, was auf sie zukommt. Deshalb sah sie nicht aus dem Fenster, sie hob den Finger und sagte diesen einen Satz: „Ich glaube nicht an Gott.“

Sarah besucht die vierte Klasse einer Kreuzberger Schule. Sie hat zwei Freundinnen: Marlene, eine Deutsche und Kia, eine Deutsch-Afrikanerin. Alle anderen kommen aus türkischen oder arabischen Familien. Wenn Sarah mit ihren beiden Freundinnen Arm in Arm über den Flur schlendert, wird sie schon mal als Lesbe beschimpft, daran hat sie sich gewöhnt. Aber seit diesem Satz – „Ich glaube nicht an Gott“ – hat das Mobbing von Seiten der großteils strenggläubigen Mitschülern zugenommen. Bald wechselt Marlene auf eine neue Schule – wegen des kürzeren Wegs, aber auch wegen der ausgewogeneren Zusammensetzung der Klassen. Auch Kia wird gehen. Nur Sarah bleibt zurück, als einzige Schülerin ohne Migrationshintergrund in der Klasse.

Es gibt viele Eltern, die kennen die Geschichte von Sarah so oder so ähnlich, weil auch ihr Kind sie erlebt hat. Zum Beispiel Tanja und Kai aus Moabit, die ihre Tochter auf eine katholische Schule schicken, obwohl sie Atheisten sind. Maria, einer Kreuzbergerin, die ihre Koffer packte, um mit ihrem Sohn zum Schlachtensee zu ziehen. Oder Steffi: eine Neuköllnerin, die sich zum Schein in der WG einer Freundin anmeldete, um ihrer Tochter den Besuch auf der beliebten Heinrich-Zille-Schule in Kreuzberg zu ermöglichen. Alle diese Eltern sagen, dass sie Angst davor haben, ihre Kinder könnten zu Mobbingopfern werden und nichts lernen im Unterricht.

(...)

Sarahs Mutter Bettina Eckel* sitzt am Landwehrkanal und blickt rüber auf die andere Uferseite. Sie ist selbst Lehrerin und wohnt gerne hier in Kreuzberg. „Ich bin für eine ausgewogene Kreuzberger Mischung. Aber damit hat das hier nichts mehr zu tun. In der Klasse meiner Tochter herrscht ein

sehr rauher Ton – ich möchte Sarah diesen Realitätsschock ersparen“, sagt sie. Dann erzählt sie von Sarahs miserablen Rechtschreib- und Grammatikkenntnissen. „Ich bin Deutschlehrerin, und meine Tochter kann keinen Dativ bilden.“
(...)

Die Durchmischung nimmt immer mehr ab, an den verschmähten Schulen steigt der NdH-Anteil bis auf 100 Prozent. Dort ist produktiver Unterricht kaum möglich. Das Wort „gekippt“ macht auf den Spielplätzen die Runde. Und es bezieht sich nicht mehr auf kontaminierte Badeseen. Sogar im linksalternativen Spektrum Kreuzberger Bildungsbürger wendet man ihn auf Schulklassen an – auf jene, deren NdH-Anteil die 50-Prozent-Marke überschritten hat. Und man zieht Konsequenzen.

(...)

Sarahs Mutter Bettina Eckel unterrichtet an einer Hauptschule in Schöneberg, der NdH-Anteil beträgt 90 Prozent. „Grauensvoll“ nennt sie die Zustände dort. „Ich habe Angst vor dieser Unzufriedenheit, sie birgt ein unglaubliches Aggressionspotenzial.“ Bei der Hofaufsicht wird sie mit Gegenständen beworfen, im Unterricht springen Schüler auf Tischen und Bänken herum. Zwei deutsche Kinder hatte Eckel in einer ihrer Klassen, Simon und Lara, beide wurden stark gemobbt, weil sie Deutsche waren. Bald erschien Simon nur noch zum Unterricht, wenn er wusste, Lara kommt auch – und umgekehrt. Auf dem Schulhof bildeten türkische und arabische Schüler „eine Art Todeskreis“ um Simon, so erzählt Eckel, dann wurde er geschubst und beschimpft. Irgendwann kamen die beiden dann gar nicht mehr. Multikulti, dieser Begriff ist bei Schulen wie dieser nicht mehr anwendbar. Oft herrscht eine Monokultur, deren Dominanz immer aggressivere Züge annimmt. Schüler ohne Migrationshintergrund sind deutlich in der Unterzahl, Mobbing keine Seltenheit.

Güner Balci, Journalistin und Autorin des Romans „Arabboy“ kennt diese Situationen. Ihre Dokumentation „Kampf im Klassenzimmer“ wurde kürzlich in der ARD ausgestrahlt. Sie zeigt die Zustände an einer Essener Schule. Islamischer

Fundamentalismus macht sich bereits in den unteren Klassen breit: „Ich hasse, wenn Mädchen feiern“, sagt ein Junge in die Kamera. „Ich hasse, wenn sie Röcke tragen.“ Für ihre unverfälschte Darstellung der Realität wurde Güner Balci – wie auch die Autorinnen Necla Kelek und Seyran Ates – oft angefeindet, von Menschen, die Balci „Multikulti-Weichspüler“ nennt.

(...)

Wenn man mit wachem Verstand durch den Kiez läuft und hinter die Fassaden schaut, sieht man eine gespaltene Gesellschaft, geprägt von Geschlechtertrennung. Und das stört mich als Frau total.“ Vor kurzem besuchte die Journalistin das Gymnasium in Wedding, an dem sie Abitur machte. Damals sei die Mischung in den Klassen ausgewogen gewesen. „Heute ist dort der NdH-Anteil bei 90 Prozent, Religion spielt eine große Rolle: Es geht nur noch darum, wer sittsam ist und wer nicht.“

Die Grünen und Linken haben kein Problem damit. Wenn Sitte von moslemischer und nicht von katholischer Seite gefordert wird, ist das schon in Ordnung.

Balci hat einen drei Monate alten Sohn. Der soll weder in einem Brennpunkt zur Schule gehen, noch in einem „steril biodeutschen Umfeld“, wie sie es nennt. Wedding soll es sein. Allerdings müssten sich einige Eltern zusammentun und sich als Gruppe an einer Schule anmelden. „Es geht nicht anders. Ich kann doch mein Kind nicht für die Integration opfern. Wer macht das?“

Opfer müssen schon gebracht werden. Linke und Grüne, selbst kinderlos auf dem Selbstverwirklichungstrip, erwarten das.

Migrationshintergrund – das sind die Grundvoraussetzungen für funktionierenden Unterricht an solchen Berliner Schulen. Jan Kowalski wünscht sich das auch. Der 48-Jährige arbeitet als Lehrer an einer Kreuzberger Schule, deren NdH-Anteil mit zu den höchsten der Stadt zählt. Er selbst würde sein Kind dort*

niemals einschulen, sagt er.

Thilo Sarrazins Buch ist derweil die [Nummer 1 bei Amazon](#), und war dies bereits vor dem Erscheinen, [Kirsten Heisigs Buch ist die Nr. 2](#). Man versteht nicht, dass die Leute alles begreifen, aber für sich selbst den „Realitätsschock“ glauben, ausblenden oder vor ihm fliehen zu können und weiter linksgrün wählen.

(Spürnase: Werner G.)

Neues Deutschland in Altenessen



Gute Nachrichten aus dem Essener Stadtteil Altenessen: Hier ist die Umwandlung des alten, bösen Deutschland in ein besseres Deutschland der Zukunft so gut wie abgeschlossen. Junge Talente bestimmen, wo es lang geht und auch die Polizei hat schon eingesehen, dass sie in diesem neuesten Zimmer im Haus des Friedens nicht mehr gebraucht wird.

Der [WESTEN berichtet](#):

Ihre Einkäufe hat Johanna Utzmann früh erledigt. Abends traut

sich die 79-Jährige nicht mehr auf die Straße. „Die kommen von hinten. Schon ist die Handtasche weg“, sagt sie. „Da kann man doch als alte Frau gar nichts mehr machen.“

Die Angst ist nicht aus der Luft gegriffen, sagt Johanna Utzmann und zählt auf: Es fing an mit der gestohlenen Tageszeitung. 30 Mal war die weg – innerhalb von zwei Monaten. Neulich verschwanden aus dem Haus an der Hövelstraße drei Fahrräder. Dazu reihenweise Diebstähle und Schlägereien. „Früher ging die Polizei noch Streife“, sagt Utzmann, die seit 51 Jahren hier lebt. „Heute sieht man hier keinen Polizisten mehr.“

Das mag übertrieben sein. Klar ist aber: Die Seniorin wohnt mittendrin im Brennpunkt um den Altenessener Bahnhof, ein Viertel, das die Polizei inzwischen mit blutigen Fehden libanesischer Familien in Verbindung bringt. Auch die Politik ist alarmiert. SPD und CDU in der Bezirksvertretung warnen in nicht selbstverständlicher Einigkeit vor „rechtsfreien Räumen, in denen das staatliche Gewaltmonopol bedeutungslos geworden ist“. Kein schönes Gefühl sei das, sagt Johanna Utzmann.

Um den Bahnhof herum dominiert Öde. Ein paar Pendler steigen hier von der S-Bahn in die U-Bahn um. Die Straßenbahn biegt quietschend in die Endhaltestelle ein. Viele Läden stehen leer. Frisör Diana wirbt in arabischer Schrift um Kunden. Ein großer Haufen Melonen blockiert den Bürgersteig. Daneben ein arabischer Imbiss, eine Spielhalle und ein Tattoo-Studio. Vor der Sparkasse steht ein Sicherheitsmann. Er lacht – immerhin.

Hinab in den Untergrund: Das Wegesystem ist weit verzweigt, dunkel, die Ecken nicht einsehbar. „Als Frau traut man sich schon mal gar nicht raus“, sagt eine Pendlerin. Ihr Mann weiß von Beleidigungen zu berichten: „Wer so kurze Haare hat, wie ich, wird als Nazi beschimpft.“ Ihren Namen wollen beide nicht in der Zeitung lesen. Bloß nicht auffallen in Altenessen.

Das andere Bild: Vor dem Bahnhof trägt ein anderes Pärchen seinen Ausländerhass zwischen all den Türken, Libanesen und Marokkanern ganz offen zur Schau: kahlgeschorener Schädel, einschlägig bekannte Kleidung, Pitbull.

Streit zwischen Ausländern und Deutschen gebe es aber fast nie, versichert Naji, der vor einem Süßwarenladen raucht. Er wickelt einen halben Meter Draht von einer Rolle ab und hält ihn sich vor die Kehle. Sieht lebensgefährlich aus und soll es auch sein. „Das brauche ich, wenn’s Krieg gibt“, sagt der 48-jährige gebürtige Libanese. Krieg – der breche für ihn aus, wenn jemand Freunden oder Verwandten zu nahe kommt.

Aus seinem Kiosk am U-Bahnhof hat Ali Demirci einen guten Blick aufs Geschehen. Der junge Kurde steht stolz vor ordentlich ausgerichteten Cola-Flaschen und Zeitschriften. Seit dreieinhalb Jahren sei er hier in Deutschland, sagt der 25-Jährige. Er hat sich eine Existenz aufgebaut, sei gerne Altenessener.

„Ich habe hier keine Angst“, sagt er. Wer freundlich sei, werde genauso behandelt. Wenn aber einer am Kiosk Stress mache, der bekomme es auch mit seinen Freunden und Verwandten zu tun. „Dann gibt’s was auf die Fresse.“ Die Polizei brauche man hier nicht, sagt Demirci. „Sowas machen wir unter uns aus.“

Schon 60 Schlägereien habe er erlebt. Unbeteiligte hätten nichts zu befürchten gehabt. Das sei immer eine Sache unter Gruppen – Auge um Auge, Zahn um Zahn.

Demirci erklärt, dass jede Kultur eben ihre eigenen Gesetze habe. Das sei auch gut so. Die Jugendlichen erzögen sich sogar untereinander: „Man sagt nicht zu einer alten Oma, dass sie sich verpissen soll.“ Der freundliche Ali bietet dem Besucher zum Abschied einen Kaffee an. (...)

Ein paar Stunden später, Abend in Altenessen: Johanna Utzmann ist längst in der sicheren Wohnung. Junge Libanesen

beherrschen das Umfeld des Bahnhofs. Sie lachen, schauen den Mädchen hinterher, klopfen Sprüche. Wer nicht hierher gehört, fällt sofort auf. Die jungen Männer laufen dem Fotografen hinterher, wollen aufs Foto, zeigen Muckis und Sonnenbrille. Zwei andere holen bereitwillig ein Tütchen mit einem weißen Pulver aus der Tasche, mutmaßlich Kokain. Keine Angst erwischt zu werden? „Hier doch nicht.“

Und die Polizei? Zufall oder nicht: Gerade kommt ein Streifenwagen die Altenessener Straße herunter, biegt ab in den Palmbuschweg. Rechtzeitig vor dem Brennpunkt.

Was sollte die deutsche Polizei auch dort wollen? Aus einem Versuch, bei einer Massenschlägerei einzugreifen, hat man seine Lektion gelernt:

Am Mittag des 21. Juli war es an der Altenessener Straße zu einer Massenschlägerei zwischen Angehörigen zweier libanesischer Familien gekommen: Selbst im Beisein der Polizei gingen sie aufeinander los. Ein 18-Jähriger wurde durch einen Messerstich schwer verletzt. Die Polizei berichtete am Abend: „Nur mit erheblichen Kräfteaufwand und Hinzuziehung der Familienoberhäupter und Vermittler gelang es, die Lage wieder zu beruhigen.“

Die Polizei beobachtet den Konflikt aufmerksam, aber gelassen. „Aus polizeilicher Sicht ist das kein Problem“, sagt Polizeisprecher Ulrich Faßbender. „Die beiden Familien haben miteinander Geschäfte gemacht und sich darüber zerstritten. Für Außenstehende bedeutet diese Auseinandersetzung eigentlich keine Gefahr.“

Wenn auch Sie einmal eine Reise in die nahe Zukunft machen wollen, um ruhig und gelassen das neue Deutschland zu erleben, empfehlen wir einen Ausflug nach Altenessen.

Merkel: Sarrazins Äußerungen sind diffamierend



Das hat gerade noch gefehlt: Die Kanzlerin schaltet sich in die Sarrazin-Diskussion ein. Sarrazins Bemerkungen ließen die Bundeskanzlerin „nicht ganz kalt“. Sie findet sie „überhaupt nicht hilfreich“ für die Integration von Ausländern in Deutschland.

„Da müsste ein ganz anderer Ton angeschlagen werden.“ Nun, dann kann sie uns ja zeigen, wie man Moslems „richtig“ integriert. Legt sie bereits den Grundstein für die nächste Große Koalition, in der sie sich offensichtlich deutlich wohler gefühlt hat? Jeder will dabeigewesen sein, wenn die Sau durchs Dorf getrieben wird. Wobei jeder auch noch draufsatteln will, was langsam schwierig wird. Der Zentralrat der Juden empfiehlt Sarrazin allen Ernstes den Eintritt in die NPD. Das ist an Impertinenz wirklich nicht mehr zu überbieten. Die Kanzlerin, die bei der medialen und politischen Hetze unbedingt mitmischen will, [sagte](#):

Thilo Sarrazin provoziert – jetzt auch die Kanzlerin. Angela Merkel findet die Äußerungen des umstrittenen Bundesbankers zu Ausländern in Deutschland „äußerst verletzend und diffamierend“. Der Zentralrat der Juden empfiehlt dem Sozialdemokraten den Eintritt in die NPD.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in scharfer Form auf die jüngsten Äußerungen von Bundesbank-Vorstand Thilo Sarrazin reagiert. Dessen Sätze seien „äußerst verletzend, diffamierend und sehr polemisch zugespitzt“, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert am Mittwoch in Berlin.

Sarrazin hatte erklärt, 40 Prozent der muslimischen Migranten lebten von Transfer-Leistungen.

Frau Merkel, wie wäre es mit einem Beweis des Gegenteils?

Derweil will sich Siegmund Gabriel inhaltlich mit Thilo Sarrazin auseinandersetzen (wir berichteten [hier](#) und [hier](#)), aber er ist einfach zu sensibel, um sich mit dessen „gewaltdäufiger“ Sprache zu beschäftigen. Die gewaltdäufige Sprache des Koran hingegen bereitet ihm wohl keine Kopfschmerzen, und wenn im Internet Moslems zum Terror und Linke zu Polizistenmorden aufrufen, hat der SPD-Chef bekanntlich weniger Probleme. Sarrazin sei ein „mediensüchtiger Besserwisser“, und der SPIEGEL [bedauert](#), dass man ihn nicht einfach aus der SPD rausschmeißen kann.

Für ein hartes Vorgehen liegen die Hürden höher. Das macht die Lage für Gabriel nicht einfacher. Er weist jetzt ausdrücklich darauf hin, dass man für einen Parteiausschluss letztlich gerichtsfeste Beweise brauche.

Der Druck von außen auf die SPD, gegen Sarrazin vorzugehen, ist groß. Die Grünen warfen dem Politiker an diesem Dienstag „Hasstiraden“ vor. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen-Fraktion, Volker Beck, sagte: „Wem auf gesellschaftliche Herausforderungen in einer multikulturellen Demokratie nur Beschimpfungen der ohnehin schon Benachteiligten einfallen, hat nicht verstanden, dass Integration ein wechselseitiger Prozess ist.“

(...)

Sarrazin befürwortete „die gesetzliche Diskriminierung von Muslimen“, kritisierte der Interkulturelle Rat in

Deutschland, in dem neben Religionsgemeinschaften auch Gewerkschaften, Kommunen und Wissenschaftler vertreten sind. „Um Muslime diskriminieren zu können, ist Sarrazin offensichtlich auch zu einer Grundgesetzänderung bereit. Das ist Rassismus pur“, sagte der Vorsitzende Jürgen Micksch.

Die Berliner SPD-Arbeitsgemeinschaft Migration protestierte schon am Montag: „Nun haben wir es schwarz auf weiß: Sarrazins Positionen sind diffamierend und gefährlich populistisch. Für uns ist Sarrazin schon lange kein Sozialdemokrat mehr.“ Der Berliner Linksfraktionschef Udo Wolf nannte Sarrazins Äußerungen unerträglich, rechtspopulistisch und an Volksverhetzung grenzend. „Der Ex-Senator beurteilt Menschen lediglich nach der Verwertbarkeit für sein persönliches Wohlbefinden.“

Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration, der sich mit Fragen der Integration und Zuwanderung beschäftigt, kritisierte, Sarrazin bringe „dort, wo er Recht hat, nichts Neues und dort, wo er neu ist, meist eine groteske Mischung von statistisch verbrämten Halbwahrheiten, Vorurteilen, Unterstellungen und böartigen Verallgemeinerungen“. Das Gremium bezeichnete Sarrazin als „mediensüchtigen Besserwisser“.

Und anstatt die doppelzüngigen Grünen und Linken, deren MenschenrechtsexpertInnen keinerlei Kritik am Islam oder am Sozialismus zulassen, in ihre Schranken zu weisen, redet Gabriel ihnen nach dem Munde.

Das 2004 verstorbene SPD-Mitglied Martin Neuffer durfte 1982, damals, als es noch erlaubt war, die Wahrheit zu sagen, [schreiben](#):

Eine radikale Neuorientierung der Bonner Ausländerpolitik fordert der langjährige hannoversche Oberstadtdirektor, Städtetagpräsident und NDR-Intendant Martin Neuffer, 57. In seinem soeben erschienenen Buch „Die Erde wächst nicht mit“

Martin Neuffer: „Die Erde wächst nicht mit. Neue Politik in einer überbevölkerten Welt“. Verlag C. H. Beck, München; 195 Seiten; 17,80 Mark. plädiert der linke Sozialdemokrat dafür, die Einwanderung von Türken in die Bundesrepublik „scharf“ zu drosseln und auch das Asylrecht „drastisch“ auf Europäer zu beschränken.

(...)

Bei Emigrationen in Länder gleicher Sprache und verwandter Kultur sind die Belastungen noch am geringsten. Wenn arbeitslose englische Facharbeiter nach Australien auswandern, wo sie gebraucht und mit offenen Armen aufgenommen werden, so gibt es da sicher keine strukturellen, sondern höchstens vorübergehende persönliche Schwierigkeiten. (...)

Da, wo die Umsiedlung in einen sprachlich und kulturell ganz fremden Raum stattfindet, wird der Vorgang problematisch. Sind es einzelne oder wenige, die diesen Schritt tun, so kann die Integration in die neue Umgebung gelingen – mag sie auch mindestens die beiden ersten Generationen besonders belasten. Handelt es sich um größere ethnische Gruppen, die sich im fremden Kulturkreis ansiedeln, so wird die Chance der Integration teils erschwert, teils auch bewußt abgelehnt.

Das amerikanische Beispiel ist instruktiv. Aus eingewanderten Mexikanern werden keine englischsprechenden Nordamerikaner. Sie bringen ihre spanische Kultur und Sprache mit und bilden eine eigene Gesellschaft. In Wirklichkeit handelt es sich dabei gar nicht um eine Einwanderung, deren Ziel immer die Integration im aufnehmenden Land ist, sondern um eine Art friedlicher Landnahme. Zwischen 1980 und 2000 wird für Mexiko ein Bevölkerungszuwachs von 42 Millionen Menschen erwartet zu den 67 Millionen, die es dort jetzt schon gibt. Welcher Druck von diesem Wachstum ausgehen wird, ist leicht auszumalen. Ein großer Teil wird sich tatsächlich in den USA abspielen.

Ein anderes abschreckendes Beispiel sind die asiatischen Minderheiten in Großbritannien. Tatsache bleibt, daß ihre

S.39 Integration offenbar weithin mißlungen ist, daß sie in einer unterprivilegierten Gettosituation leben, zum Teil in kriminelle Verhaltensweisen abgleiten und zu allem anderen auch noch zur Herausbildung von Reaktionen des Rassenhasses bei der eingesessenen weißen Bevölkerung Anlaß geben. Am Ende stehen dann jene grausamen Straßenschlachten und Stadtteilverwüstungen, die an die brennenden Negerviertel der nordamerikanischen Großstädte erinnern.

Was würde die SPD heute sagen? Neuffer nachträglich rausschmeißen? Sich von ihm distanzieren? Wir wissen es nicht, aber wir wissen, dass SPD und Grüne in Umfragen derzeit [weit vor](#) der CDU/FDP-Koalition liegen.

(Spürnasen: Mister Maso, Fritz H., Christiane, Antivirus und Micha K.)



Hier muss gespendet werden!



Wenn die Pakistaner nicht gerade ertrinken, an Cholera sterben oder lautstark nach Spendengeldern der Ungläubigen krakeelen müssen, bleibt ihnen immer noch etwas Zeit, ihren kulturellen Besonderheiten nach zu gehen. Das pakistanische Fernsehen zeigte jetzt Bilder eines Lynchmordes an zwei zu Unrecht als Diebe beschuldigten Jugendlichen.

Der [SPIEGEL](#) ist gewohnt ratlos angesichts der grausamen Bilder, denn deutsche Qualitätsjournalisten haben noch nie von ähnlichen Vorfällen in Afghanistan, Somalia, Iran oder Gaza gehört. Schuld muss wohl der Vertrauensverlust in die Regierung sein. Oder die zu geringen Spenden? Oder vielleicht die Kreuzzüge? Sicher ist nur: Mit dem Islam kann das alles nichts zu tun haben.

Der Mann in Weiß ist besonders gnadenlos. Immer wieder schlägt er zu, mit einem langen Holzknüppel, die umstehenden Menschen treiben ihn an. Auf einer staubigen Straße von Sialkot im Nordosten Pakistans liegen zwei Brüder, 15 und 17 Jahre alt, sie rühren sich längst nicht mehr. Doch ihre Peiniger prügeln weiter. Kinder schauen zu, manche von ihnen nicht viel größer als die Mordwaffe, und auch ein Mann in Uniform steht tatenlos ganz vorne. Ein Polizist.

Hintergrund war ein bloßer Verdacht: Der Mob hatte die Jungen für Diebe gehalten – zu Unrecht, wie sich später herausstellen sollte. Doch das interessierte in der Menge offensichtlich niemanden. Die Brüder starben unter den erbarmungslosen Schlägen ihrer Peiniger. Die Leichen hängte

der Mob an den Füßen auf. Zu Tode geprügelt und zur Schau gestellt.

Doch woher kommt der Hass? Diese kaum vorstellbare Wut, die exzessive Gewalt?

PI zeigt die Fernsehbilder, die der SPIEGEL Ihnen nicht zumuten möchte:

[flash <http://server355.newsnetz.tv/videos/96137m.flv>]

([Hier](#) das Video auf livingscoop.com)

Ja, woher kommt nur diese exzessive Gewalt, die man sonst niemals und nirgendwo in der friedvollen Welt des Islam findet? Besser ist es, sich da dumm zu stellen. Alles andere wäre Rassismus, wie er neuerdings definiert ist. Einige Einheimische haben inzwischen die Schuldigen gefunden: Die Polizei wars!

Einige Menschen in Sialkot wissen sich ebenfalls wieder nur mit Gewalt zu helfen: Am Sonntag, eine Woche nach der Tat, stürmte eine wütende Menschenmenge das regionale Zentrum der Sicherheitskräfte, die den Doppelmord nicht hatten verhindern können. Die Protestierenden nahmen Angestellte als Geiseln, zerstörten Autos und verbrannten Möbel, wie die englischsprachige Tageszeitung „The Nation“ berichtet.

Heute schon für Pakistan gespendet?

(Vielen Dank allen Spürnasen)

Islamischer “Segen” für öffentliche Gebäude

☒ Weil Augsburg, wie alle Städte und Gemeinden, zuviel Geld hat, hat man sich etwas Besonderes einfallen lassen, um die lästigen Steuergelder zu verbrennen: Man leistet sich einen städtischen „Projektleiter für Frieden und Interkultur“. Der kümmert sich, wie der Titel verrät, ausschließlich um das Wohlergehen der Türken. Denn wenn der Türke zufrieden ist, herrscht Frieden in der Stadt.

Zu den größten Erfolgen des städtischen Friedensmachers zählt, wenn 5000 Türken das von einem türkischen Veranstalter organisierte Konzert eines türkischen Sängers vor dem Rathaus besuchen. So funktioniert Integration. Aber ein Traum bleibt dem Heiligen von Augsburg noch: Öffentliche Gebäude sollen in Zukunft mit islamischem Segen „eingeweiht“ werden. Die [Süddeutsche berichtet](#) voller Rührung:

Und was genau macht ein ‚Projektleiter für Frieden‘? Kriege und Morde in der Welt wird er kaum verhindern können aus seinem Hinterhofbüro in der Bahnhofstraße heraus. Timo Köster betont, seine in der Geschichte begründete Arbeit sei aktueller denn je: ‚Mit Multiethnizität muss sich jede Stadt auseinandersetzen, vor allem aber Augsburg.‘ Kaum eine deutsche Stadt hat eine höhere Quote an Einwohnern mit Migrationshintergrund.

Augsburg als Stadt des Friedens und der Migranten – Köster versucht diese zwei Aspekte zu verbinden. Er organisiert das Friedensfest und das ‚Festival der Kulturen‘, er initiiert Bildungsangebote für Alteingesessene und Neuankömmlinge, er knüpft und vermittelt Kontakte, damit daraus gemeinsame Projekte entstehen. Und regelmäßig sitzt er in Kaffeehäusern, in denen ansonsten Türken unter sich bleiben. Das verstanden einige Kollegen aus der Stadtverwaltung zunächst nicht, sie

saßen an ihren Schreibtischen und sagten: ‚Du kannst in deiner Arbeitszeit doch nicht einfach zum Ratschen und Kaffeetrinken gehen.‘ Kann er wohl. Muss er nach seinem Verständnis sogar: ‚Der persönliche Kontakt ist sehr wichtig‘, sagt Köster, der zuvor in Bulgarien als Kulturmanager tätig war. Viele dieser Menschen läsen keine Zeitung und hätten keine E-Mail-Verbindung. ‚Da reicht es nicht, eine Presseerklärung oder einen Flyer zu machen.‘

So warb Köster im direkten Gespräch für das Gastspiel des türkischen Ensembles ‚Ankara Tiyatro Fabrikasi‘ im Stadttheater mit einem türkischsprachigen Stück. Kösters neuer Weg mündete in ein noch nie dagewesenes Erlebnis: Das Theater war voll besetzt mit Türken und Türkinnen. Menschen, die seit 30 Jahren in der Stadt leben, haben das Theater erstmals von innen gesehen.

Vor zwei Wochen fanden sich auf dem Rathausplatz sogar 5000 überwiegend türkischen Menschen ein, um das Konzert des Liedermachers Zülfü Livaneli zu hören. Livaneli ist in seiner Heimat ein Star, sein Auftritt war Höhepunkt des Festivals der Kulturen. Ermöglicht wurde er durch Kösters neuen Zugang: Das Gastspiel wurde betreut von türkischen Kulturinteressierten und finanziert von türkischen Unternehmern. (...)

Derzeit erarbeitet Timo Köster auch ein neues Leitbild für die Stadt. Er spricht vom ‚Augsburger Modell‘, für das er schon konkrete Vorstellungen hat: ‚Mein Ziel ist es, dass bei der Einweihung eines öffentlichen Gebäudes auch ein Vertreter des Islam den Segen spricht.‘ Dieses Ziel ist ehrgeizig. Aber alles andere als abwegig – zumindest in einer Stadt, die den Titel Friedensstadt zu Recht tragen will.

In der Tat. In einer Stadt, die sich einen Friedensbeauftragten ausschließlich für Türken leistet, ist auch der muslimische Segen für öffentliche Gebäude nicht mehr

abwegig, sondern die konsequente Weiterführung der Politik des Verrats an Freiheit und Aufklärung.

(Spürnase: Tom R.)

US-Bürger lehnen Islam ab



Das Schweizer Fernsehen ist alarmiert. Immer mehr US-Bürger sehen den Islam negativ (38%) und nur 30% positiv. Wo die Medien sich doch so viel Mühe geben! Schließlich hat Terror im Namen des Islam nichts mit dem Islam zu tun. Und der real existierende Islam sowieso nicht.

Die Schweizer Tagesschau [berichtet](#):

Die US-Bürger stehen dem Islam laut einer Umfrage immer ablehnender gegenüber. 38 Prozent haben einer Erhebung zufolge dem muslimischen Glauben gegenüber eine negative Einstellung, 30 Prozent äusserten sich dagegen wohlwollend.

Vor fünf Jahren war es laut der Umfrage des Pew-Instituts noch umgekehrt (41 gegenüber 36 Prozent). Die negative Haltung gegenüber Muslimen überwog bei Anhängern der Republikanischen Partei und Wechselwählern. Lediglich bei den Demokraten überwog eine wohlwollende Einstellung.

Die Amerikaner sind laut Umfrage ausserdem mehrheitlich (42 Prozent) der Ansicht, dass der Islam nicht mehr als andere Religionen zu Gewalt verleite. Gegenteiliger Auffassung waren

35 Prozent. In dieser Einschätzung hat sich die Haltung der US-Bürger im vergangenen Jahr nicht geändert.

Da braucht es wohl noch einiges an Islamkunde!

Die Mehrheit der US-Bürger ist gegen den Plan, in der Nähe von Ground Zero in New York eine Moschee zu bauen. 51 Prozent lehnen das Vorhaben ab, 34 Prozent sind dafür. Generell sind sie aber der Ansicht, dass Muslime genau wie andere Glaubensgemeinschaften das Recht haben sollten, Versammlungshäuser zu bauen. 62 Prozent stimmten in der Umfrage dieser Aussage zu, 25 Prozent sind gegen den Bau von Moscheen.

Na, da haben die Medien ja noch einiges zu tun.

Darf Marburg trauern?

☒ Nachdem in Marburg ein junger Mann, der zuvor in einer Gaststätte einen Streit geschlichtet hatte, von mehreren Sinti aus dem berüchtigten Walddal aufgelauert und totgeschlagen wurde ([PI berichtete](#)), überlegen die für die Zustände verantwortlichen Politiker jetzt, ob man den Bürgern erlauben will, öffentlich Trauer zu zeigen.

Die [Oberhessische Presse](#), die immerhin, wenn auch verkürzt, als einziges Blatt überhaupt über die Gewalttat berichtet hat, schreibt:

„Das ist ein schreckliches Ereignis. Wenn ein Mensch so zu Tode kommt, ist das unerträglich. Ich bin in Gedanken bei den Angehörigen des jungen Mannes“, sagte am Dienstag Oberbürgermeister Egon Vaupel (SPD) auf Anfrage der OP. Wie

Vaupel mitteilte, soll am Mittwoch geklärt werden, ob der Trauermarsch stattfinden kann.

Wie ein Freund des Opfers erklärte, der namentlich nicht genannt werden will, wollen sich die Teilnehmer des Trauermarsches gegen 12 Uhr im Kaufpark Wehrda treffen und von dort über die Wehrdaer Straße zum Tatort in den Wehrdaer Weg gehen. Am Tatort nahe der Kneipe Bremsspur sei eine Trauerfeier geplant.

Polizeisprecher Martin Ahlich erklärte, zwischen Ordnungsamt und Veranstaltern werde noch über den Ablauf des Trauermarsches gesprochen. Details seien noch nicht klar. Sollte das Ordnungsamt der Stadt Marburg keine Bedenken haben, werde die Polizei „die Lage beurteilen und entsprechende Maßnahmen ergreifen“. Denkbar sei, dass der Trauerzug wie eine Demonstration von Polizeiwagen begleitet werde.

Sie haben richtig gelesen. In der deutschen Universitätsstadt Marburg „prüfen“ die Behörden, ob die Bürger um das Opfer einer Gewalttat öffentlich trauern dürfen. Offenbar befürchtet die Polizei, dass aus dem Umfeld der Verbrecher die Trauernden angegriffen werden könnten. Wie anders ist die Überlegung zu erklären, einen Trauerzug mit Polizeiwagen zu begleiten? Wo leben wir denn? Diese Fragen können Sie auch dem für die Zustände in Marburg verantwortlichen [Oberbürgermeister Egon Vaupel](#) (SPD, Foto) stellen:

Rathaus

Markt 1, 1 . Stock

35037 Marburg

Tel.: 06421/2 01 – 2 01

Fax: 06421/2 01 – 7 00

Email: oberbuergemeister@marburg-stadt.de

(Spürnasen: lorbas, Fritz H.)



Sigmar Gabriel will Sarrazin-Buch prüfen lassen



Bereits einmal ist der Versuch gescheitert, den fürchterlich rechts abgedrifteten Thilo Sarrazin ohne Abschiedsparty aus der SPD zu entfernen. Jetzt wagt der Vorsitzende der Genossen, Siegmund Gabriel (Foto), mit dem altbewährten Trick: „Ich kauf mir ein schickes Gutachten“ vermutlich einen neuen Versuch.

Die [Süddeutsche](#) berichtet:

Der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel hat angekündigt, das neue, umstrittene Buch des SPD-Politikers und Bundesbank-Vorstandsmitgliedes Thilo Sarrazin zu überprüfen. Er werde untersuchen, ob Sarrazin in seinem Buch Charakterurteile über Ausländer fällen würde. ‚Wenn er das macht, ist das eindeutig rassistisch‘, sagte Gabriel in Worms. Zu einem Parteiausschlussverfahren wollte Gabriel sich jedoch nicht im Detail äußern. Eine solche Entscheidung müsse gerichtsfest

sein. In seinem Buch zum Thema Integration wirft der frühere Berliner Finanzsenator Sarrazin vielen Migranten vor, sich nicht in die deutsche Gesellschaft integrieren zu wollen und mehr Kosten zu verursachen, als Nutzen zu bringen.

Im Frühjahr hatte er gesagt, Araber und Türken hätten ‚keine produktive Funktion, außer für den Obst- und Gemüsehandel‘.

Da wird wohl [Prof. Dr. Christian Pfeiffer](#) bald wieder einen gut dotierten Auftrag erhalten...

BILD-Serie zum neuen Sarrazin-Buch „Deutschland schafft sich ab“:

- » [Jeder Schüler sollte eine Uniform tragen!](#)
- » [Wir werden zu Fremden im eigenen Land](#)
- » [Deutschland wird immer ärmer und dümmer!](#)
- » Morgen in der BILD: Warum der Islam Integration so schwer macht

(Spürnase: M.S.)



Antisemitismus am Ground Zero



Auf einer Demo zur Unterstützung der Moschee am New Yorker Ground Zero am vergangenen Sonntag ereignete sich ein unschöner Zwischenfall, über den die linken Mainstream-Medien wohl kaum berichten werden. Wie der [Weekly Standard](#) berichtet, rief ein Hauptredner der Demo: „Wir werden nicht rumsitzen und zusehen, wie diese zionistischen Juden den Moscheebau stoppen!“

Weekly Standard-Reporter Daniel Halper schreibt:

Während der sonntäglichen Ground Zero Moschee Protesten sprach ich mit einem Mann, der mit den Gegendemonstranten zusammenstand – Joey „Boots“ Bassolino, direkt nachdem die Polizei ihn aus der Menge gezogen hatte. Ich fragte, was geschehen sei. „Dort stand ein Typ auf, ein Pakistani, der sich selber als Pakistani ausgegeben hatte, und er sagte: ‚Wir werden dort nicht stehen und diese zionistischen Juden decken‘“, erzählte Bassolino, immer noch deutlich durchgeschüttelt.

*„Und ich sagte so etwas wie, whoa, warte mal einen Moment. Was soll dieser Rassismus?“ Und sie erwiderten: ‚Was soll daran rassistisch sein?‘“ Der Typ hinter Bassolino schrie „Fi** Dich“, kam näher, griff nach dessen Kamera und schlug ihn. „Daraufhin trat ich ihm vor das Schienbein“, sagte Bassolino. Bassolino, ein behinderter U.S. Armee Veteran, behauptet, dass er ein objektiver Beobachter sei und sich in der Gruppe von Gegendemonstranten aufgehalten hatte, um „das Geschehen zu dokumentieren“. „Das sind Menschen, die angeblich gegen Rassismus protestieren, dennoch gibt es dort welche, die sich auf Seifenkisten stellen und ,zionistische*

Juden' schreien. Was zum Teufel ist das denn? Für mich ist das Rassismus, Mann“, erklärte mir Bassolino.

Hier ist das Video, was Bassolino auf Youtube hochgeladen hat. Die Bemerkung über „jüdisches zionistisches Israel“ ist bei Minute 3:55 zu finden:

» Tagesspiegel: [Falsche Moschee am falschen Platz](#)

(Spürnase: LinksLiegenLassen)

Bewerbungen ohne Angaben

✘ Um angeblich Migranten und Frauen (?) vor „Diskriminierung“ zu schützen, werden einige Firmen ab September auf Bewerbungen zurückgreifen, die nichts aussagen (PI [berichtete](#)). Also kein Alter, kein Name, kein Geschlecht... Egal, ob die Arbeitgeber dagegen sind. Sie müssen als Feindbild aufgebaut und gegängelt werden. Und ein lückenloser Lebenslauf erlaubt keine Rückschlüsse auf das Alter? Am besten verbieten wir den auch.

Die Tagesschau [schreibt](#):

„Bei Bewerbungen haben Frauen mit Kindern, ältere Menschen oder Bewerber mit ausländisch klingenden Namen deutlich schlechtere Chancen als andere,“ beklagt die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Christine Lüders. Sie verweist auf eine aktuelle Studie des Bonner Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) und der Universität Konstanz. Diese belegt, dass Bewerber mit einem türkischen Namen bei der Stellensuche benachteiligt werden. Bei einem Feldversuch war ihre Chance auf eine Einladung zu einem Vorstellungsversuch um bis zu einem Viertel geringer als bei Bewerbern mit einem

deutschen Namen.

Lüders Behörde startet deshalb im September eine Pilotstudie zur Anonymisierung von Bewerbungen, an der insgesamt fünf Firmen teilnehmen. Ziel ist es, dass Unternehmer nur aufgrund der fachlichen Qualifikation eines Bewerbers entscheiden, ob die Person zum Vorstellungsgespräch eingeladen wird oder nicht. Der Kosmetikkonzern L'Oréal und der Konsumgüterhersteller Procter & Gamble werden bei dem Testlauf mitmachen. Die anderen drei Unternehmen sollen am Mittag bekannt gegeben werden.

Ab September werden diese Firmen testen, ob anonyme Bewerbungen älteren Kandidaten, Frauen oder Ausländern bessere Jobchancen bringen. In dem anonymisierten Verfahren werden Anschreiben und Lebenslauf verändert. Der Name und die Adresse des Bewerbers dürfen nicht in den Unterlagen auftauchen, denn ersteres lässt Rückschlüsse auf die Herkunft zu und zweiteres auf den sozialen Status des Interessenten.

Außerdem legt der Bewerber seinen Unterlagen kein Foto bei und gibt weder Geburtsdatum noch Familienstand an. So soll eine Diskriminierung aufgrund des Alters oder der Herkunft verhindert werden. Menschen über 50 Jahre und Bewerber mit ausländischem Namen würden nunmal „häufig zuerst vom Stapel der Bewerbungen aussortiert,“ sagte Lüders dem „Hamburger Abendblatt“.

Die Arbeitgeber sind gegen diessen Schwachsinn. Sie wissen vermutlich nicht, dass türkische Abkömmlinge die besseren Schulabschlüsse haben. So erfolgt das Aussortieren dann eben im Vorstellungsgespräch.

Türkische Kinder legen mehr Wert auf Bildung



Endlich ist es schwarz auf weiß, was wir schon lange vermuteten: Türkische Kinder besuchen bessere Schulen als Deutsche. Da wird nicht gelacht! Türken legen nämlich mehr Wert auf Bildung, sagt uns die WELT, was für Heiterkeit im Kommentarbereich sorgt. Vermutlich deshalb ziehen bildungsbewusste, nicht „religiös“ verblendete Türken bevorzugt an den Stadtrand, wo sie ihren Landsleuten besser entfliehen können.

Die WELT [„berichtet“](#):

Vergleicht man schulische Leistungen und das soziale Umfeld, gehen türkische Kinder auf bessere Schulen als deutsche.

Ganz unauffällig kommt der folgende Hinweis:

Bei gleicher Leistung und ähnlichem sozialem Hintergrund wechseln laut einer Untersuchung türkische Kinder häufiger auf die Realschule oder das Gymnasium als deutsche Kinder.

Dabei „vergisst“ die WELT leider zu erwähnen, dass die meisten türkischen Familien eben aus Niveaus stammen, die der zahlenmäßig geringen deutschen Unterschicht entsprechen. Nur wenige haben bildungsbewusste Eltern. Es könnte ja außerdem sein, dass die deutschen Kinder in diesen Milieus absolut in

der Minderheit sind und schon von Anfang an so gemobbt werden, dass sie schon in der Grundschule aufgeben.

Sofern die Leistungen der Kinder es zulassen, meiden Türkischstämmige beispielsweise die Hauptschule. Die Chance, nach der Grundschule auf die Realschule anstatt auf die Hauptschule zu wechseln, so Dollmann, sei für türkische Kinder demnach dreimal höher als für Grundschulabgänger ohne Migrationshintergrund. „Gerade türkische Migranten haben hohe Bildungsziele“, sagt Dollmann. „Das war zwar schon länger bekannt, aber jetzt haben wir nachgewiesen, dass sich das tatsächlich auch in der Praxis auf die Wahl der Schulen auswirkt.“

Dass türkischstämmige Kinder an Haupt- und Sonderschulen jedoch überrepräsentiert sind, führt Dollmann unter anderem auf das Bildungsniveau der Eltern und die sozioökonomische Situation der Familien zurück.

So beißt die Katze sich in den Schwanz. Und aus wenigen „Elitetürken“ werden die „türkischen Migranten“

„Ich mach mir die Welt, wie sie mir gefällt“.

(Spürnase: Jan)

Mord in Marburg

Ein 25-jähriger Marburger, der Mitte August von mehreren Tätern vor einer Gaststätte zusammengetreten wurde, ist am vergangenen Wochenende seinen schweren Verletzungen erlegen. Zwei Täter wurden gefasst, Einzelheiten zu Identität und Herkunft werden verheimlicht. Nach Angaben aus dem Umfeld des Opfers gegenüber PI sollen die Täter aber aus dem seit langem

berüchtigten Marburger Walddal stammen und der Gruppe der Sinti zugehören.

Über die Tat selber [berichtete die Oberhessische Presse](#):

Nach den bisherigen Ermittlungen der Polizei gerieten drei bis vier Männer am Samstag gegen 4.30 Uhr in einer Kneipe am Wehrdaer Weg in Streit. Ein Türsteher warf sie aus der Gaststätte. Vor der Gaststätte prügelten die Täter auf ihr Opfer ein und traten dem am Boden liegenden mehrfach gegen den Kopf. Das Opfer wurde mit schwersten Kopf- und Hirnverletzungen ins Uniklinikum eingeliefert.

Die Polizei erfuhr erst am Samstagvormittag durch die Mutter des Opfers von der Schlägerei. Die Ermittlungen dauern an.

Die Kommentarfunktion zum Artikel wurde von der Redaktion aufgrund „hasserfüllter Unterstellungen“ abgeschaltet. Aufgabe der Presse wäre es allerdings gewesen, so umfassend zu informieren, dass Unterstellungen und Spekulationen gar nicht erst entstehen. Eine Woche später die kleine [Meldung vom Tod des Opfers](#):

Der Mann, der bei einer Schlägerei vor einer Kneipe im Wehrdaer Weg am 14. August schwer verletzt worden war, ist nach OP-Informationen am Sonntag seinen Verletzungen erlegen. Der 25-Jährige war in den frühen Morgenstunden von zwei weiteren Männern zusammengeschlagen worden und hatte schwerste Hirnverletzungen davongetragen.

Dieses Mal wurde die Kommentarfunktion vorsorglich gar nicht erst aktiviert.

Das [Marburger Walddal](#) ist schon seit Jahrzehnten als sozialer Brennpunkt bekannt. Früher waren es hauptsächlich Sinti, die hier lebten und immer wieder durch Aggressionen gegenüber der deutschen Bevölkerung auffielen. Anstatt der gesetzlichen Autorität nachhaltig Geltung zu verschaffen wurde

jahrzehntelang sozialpädagogische Quacksalberei betrieben und das Verbrecherviertel zusätzlich multikriminell überprägt, was der Gewalt weiteren Auftrieb gegeben hat. Bei Youtube feiern sich die Bewohner mit dem szenetypischen Rap-Gesängen:

(Spürnase: Lorbas)

Großmoschee auch für Aachen



Fast kommt es einem so vor, als würden die CDU-Bürgermeister versuchen, die SPD noch in Sachen „Toleranz“ zu überholen. So genehmigte jetzt [Aachen](#) den Bau einer Großmoschee für 8.000 Rechtgläubige.

Der WDR [berichtet](#):

Nach rund 20 Jahren Diskussion hat am Freitag (20.08.10) in Aachen der Neubau der türkischislamischen Yunus-Emre-Moschee begonnen. Das rund sechs Mio. Euro teure Gebetshaus soll bis zu 8.000 Gläubige aufnehmen sowie einem Begegnungszentrum und zwölf Sozialwohnungen Raum bieten. Das nach Angaben des Gemeindevorstehers Abdurrahman Kol „schlichte und einfache“ Minarett soll eine Höhe von 40 Metern erreichen.

„Wir wurden von allen Seiten unterstützt“, lobte Kol. Auch die Stadt betonte das gute Verhältnis zur muslimischen Gemeinde. „Es wurde lange gesprochen und diskutiert, aber immer eine einvernehmliche Lösung gefunden“, bestätigte eine Sprecherin der Stadt Aachen. Einer von Rechten für September geplanten Protestkundgebung gegen den Neubau begegnete Oberbürgermeister Philipp mit dem Aufruf an die Bürger Aachens, sich „dem braunen Pöbel“ entgegenzustellen..

Offenbar ist das alles, was unseren hoch gebildeten „Eliten“ einfällt: Diejenigen, die sich der Ausbreitung einer faschistischen Ideologie in den Weg stellen, selbst als Faschisten zu bezeichnen. Es ist ihre stärkste und einzige Waffe.

(Spürnase: Sebastian K.)